

zeptes sind, sodass hier ohnehin eine Konkretisierung der Planung und eine Bereitstellung der Maßnahmen zeitnah erforderlich sind.“

Unter der Voraussetzung defekter Abfallgebinde, kontaminierten Salzes und eines erfolgten Lösungszutritts in die Einlagerungskammern ist damit zu rechnen, daß die Handhabung der eingelagerten Fässer Schwierigkeiten bereiten wird, erklärt die ESK/SSK-Arbeitsgruppe in ihrem Schreiben an den Bundesumweltminister. Für die Stilllegungsoptionen Rückholung und Umlagerung sei deshalb damit zu rechnen, daß ein Umgang mit offenen radioaktiven Stoffen nicht zu vermeiden ist und die Personendosis für das Betriebspersonal damit derzeit nicht belastbar abschätzbar ist. Bisherige Analysen zeigten auch, daß das angrenzende Salz kontaminiert ist und damit im Falle einer Rückholung oder Umlagerung der Abfälle ebenfalls als radioaktiver Abfall behandelt werden muß. Die ESK/SSK-Arbeitsgruppe geht weiter davon aus, daß die Konditionierung dieser Abfälle in drei verschiedenen Konditionierungsanlagen erfolgen müßte, denn Altabfälle, Salz und Flüssigkeiten (Lauge) bedürften einer unterschiedlichen Art und Weise der Konditionierung. Diese drei Anlagen müßten also noch konzipiert, genehmigt, errichtet und in Betrieb genommen werden.

Insgesamt dürfte damit das zu entsorgende Abfallvolumen das des ursprünglich in der Asse eingelagerten Inventars erheblich übersteigen, meint die ESK/SSK-Arbeitsgruppe. Das für das Endlager Konrad genehmigte Abfallgebindevolumen in Höhe von maximal 303.000 Kubikmeter werde deshalb nicht ausreichen, um zusätzlich die Abfälle aus der Schachanlage Asse aufnehmen zu können. Da im Planfeststellungsbeschluß für das Endlager Konrad neben der Volumengrenze auch obere

Grenzen für die Aktivitäten der sicherheitstechnisch bedeutsamen Einzelradionuklide und für die Gesamtaktivität festgeschrieben wurden, sei abzusehen, daß die Asse-Abfälle auch aufgrund des Plutonium-Inventars und des Inventars an anderen Aktiniden unter derzeitigen Bedingungen nicht im Endlager Konrad eingelagert werden können. Die ESK/SSK-Arbeitsgruppe will zudem „in jedem Fall (...) eine absehbare und konkrete Strahlenexposition von Betroffenen“ (gemeint sind die in der Asse mit den Arbeiten Beschäftigten und die derzeitige Bevölkerung) „gegenüber einer hypothetischen, unter konservativen Randbedingungen abgeschätzten Strahlenexposition in ferner Zukunft“ (gemeint ist die künftige Bevölkerung) abgewogen wissen.

„Der Ausstieg aus der Atomkraft ist drängender als die Akzeptanzbeschaffung für andere Lagerstätten“

„Das BfS tritt die Flucht nach vorn an“, kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Das Einbetonieren und die Flutung der Deponie würden mittel- und langfristig zu einer Kontamination des Grundwassers führen: „Das läßt sich nicht mehr wegdiskutieren.“ Die jetzt favorisierte Auslagerung hingegen werfe noch viele Fragen auf. Das Amt trete mit diesem Vorschlag als „Türöffner für die Inbetriebnahme des Schachts Konrad“ auf. Plutonium-kontaminierte Abfälle würden „am Ende auf ein Endlager Gorleben warten“ und „die Kritiker der verfahrenen Atommüllpolitik sollen ins Abseits gedrängt werden“, warnt die Bürgerinitiative. Angesichts dieses Dilemmas stehe der Ausstieg aus der Atomkraft drängender auf der Tagesordnung als die Akzeptanzbeschaffung für andere Lagerstätten.

„Die Rückholung der Abfälle ist momentan die beste Lösung“

Insgesamt fast drei Viertel der in der Schachanlage Asse II eingelagerten Aktivität stammen von den Energieversorgungsunternehmen (63 Prozent aus dem EnBW-Atomkraftwerk Obrigheim, 6 Prozent aus RWE-Atomkraftwerken und weitere 2 Prozent aus Atommeilern von Eon und Vattenfall) und mehr als zwei Drittel davon aus dem Wiederaufarbeitungsprozeß von abgebrannten Brennelementen, die von den Energieversorgungsunternehmen an die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe geliefert worden waren. Das hatte das Bundesumweltministerium in einem Hintergrundpapier vom 5. März 2009 erklärt und damit frühere Aussagen von Greenpeace bestätigt. Trotzdem lehnen die Unternehmen es bisher ab, sich an den Sanierungskosten für die Asse zu beteiligen. Die Kosten für die Rückholung radioaktiver Abfälle im Atommülllager Asse werden laut Bundesumweltminister Röttgen derzeit auf 3,7 Milliarden Euro geschätzt. Das erklärte er am 27. Januar 2010 im Umweltausschuss des Bundestages bei seinem Bericht über die Zukunft des Atommülllagers Asse II. Röttgen sagte auch, daß aufgrund der Bewertung der Langzeitsicherheit die Rückholung der Abfälle „momentan als beste Lösung“ eingestuft werde. Es gebe aber noch keine endgültige Entscheidung. Die Standfestigkeit der Anlage werde bisher bis zum Jahr 2020 angesetzt und ein Langzeitsicherheitsnachweis sei momentan nicht lieferbar.

Über die früheren jährlichen Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an den ehemaligen Betreiber des Atommülllagers Asse II in den Jahren 1967 bis 1992 möchte die Bundesregierung derzeit noch keine konkreten Angaben machen. „Die Fi-

nanzdaten, die das Asse-Projekt vor 1993 betreffen, sind nicht elektronisch erfasst“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/399 vom 06.01.2010) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die entsprechenden Akten aus dem Bundesarchiv seien aber bereits angefordert. Wie viel Zeit die Auswertung in Anspruch nehmen werde, hänge jedoch vom Umfang des Materials ab. Vorsorglich aber erklärt die Bundesregierung bereits, daß sie den in der Kleinen Anfrage formulierten „Zusammenhang zwischen Lücken und Fehlern in der Dokumentation des radioaktiven und chemotoxischen Asse-Inventars und der Dokumentation der Mittelverwendung des ehemaligen Asse-Betreibers“ nicht erkennen könne.

Der Optionenvergleich des BfS ist als Text und als interaktive Bildschirmversion auf den Internetseiten www.bfs.de und www.endlager-asse.de zu finden. ●

Atommüll-Lager

Gegen das Einbetonieren von Atommüll in Morsleben

Die Umweltorganisation Robin Wood und Anti-Atom-Initiativen haben am 19. Dezember 2009 in Magdeburg mehrere Tausend Einwendungen gegen die geplante Betonverfüllung des Atommülllagers Morsleben Vertretern des zuständigen Landesumweltministeriums übergeben. Robin Wood fordert in einer eigenen detaillierten Einzeleinwendung eine umfassende öffentliche und ergebnisoffene Diskussion über alle Möglichkeiten eines sicheren Umgangs mit dem derzeit in Morsleben lagernden Atommüll. Insbesondere müsse dabei auch die Rückholung des

Atommülls behandelt werden. Denn das ehemalige Salzbergwerk in Morsleben sei für die Lagerung des Atommülls nicht geeignet.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das den Antrag auf Schließung des Lagers gestellt hat, hält es dagegen für möglich, daß die geologischen Mängel des Standorts mit technischen Maßnahmen ausgeglichen werden können. Große Teile der unterirdischen Kammern und Strecken will es mit Salzbeton verfüllen und Abdichtungsbauwerke errichten.

Robin Wood bezweifelt, daß diese Maßnahmen ausreichen, um langfristig Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten. Das BfS habe zwar intern die Möglichkeit geprüft, ob die Rückholung des Atommülls machbar wäre. In welchem Umfang diese Prüfung erfolgte und welche Vorannahmen dabei getroffen wurden, sei jedoch für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar. Erst vor wenigen Wochen habe das BfS auf Druck der Bürgerinitiativen endlich eine kurze Studie des TÜV Nord aus dem Jahr 2006 veröffentlicht. Darin werde festgestellt, daß die Rückholung zwar möglich sei, aber nicht empfohlen wird bzw. unzulässig wäre. Die Entscheidung, diese Option nicht zu verfolgen, sei behördenintern unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefallen und solle keinen Eingang ins laufende Planfeststellungsverfahren finden.

„Allein die Vorgänge im Atommülllager Asse mahnen uns, behördliches Vorgehen zu überprüfen“, so Christina Albrecht von Robin Wood. „Politische Interessen haben in den 1990er Jahren dafür gesorgt, daß auch in Morsleben Sicherheitsbedenken wegen mangelnder Stabilität des Salzstocks vom Tisch gewischt wurden, um den bestehenden Notstand bei der Entsorgung des leicht- und mittel-

radioaktiven Atommülls zu verbergen.“ Während das BfS für das im Schacht Konrad vorgesehene Atommülllager freiwillig einen Zeitraum von einer Million Jahre für die Langzeitsicherheit betrachte, sollen in Morsleben 10.000 Jahre genügen.

Die Einzeleinwendung von Robin Wood ist im Internet unter www.robinwood.de/morsleben/ zu finden. ●

Atomunfälle

AKW-Gefährdungsatlas

Eine Arbeitsgruppe der Deutschen Umweltstiftung hat in mehrwöchiger Kleinarbeit die Bevölkerungszahlen in den Gefährdungsregionen der aktuell in Betrieb befindlichen deutschen Atomkraftwerke ermittelt und in einem Gefährdungsatlas dargestellt. Dabei ergaben sich gefährdete Bevölkerungen zwischen 5,4 Millionen (Gundremmingen) und bis zu 11,8 Millionen (Neckarwestheim). Besonders gefährdet sind demnach die Menschen um Bremen, die im unmittelbaren Einzugsbereich von 6 AKWs leben müssen. Laut Projektleiter und Vorstandsmitglied Hans Günter Schumacher führt das Projekt „in erschreckender Deutlichkeit vor Augen, dass sich die politisch Verantwortlichen in Regierungen und Parlamenten, insbesondere aber die großen Energiekonzerne EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall nach unserer Auffassung nicht nur unverantwortlich, sondern menschenverachtend gegenüber den Millionen möglicherweise betroffener Menschen verhalten, wenn in einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland, aber auch in Europa, weiterhin Atomkraftwerke betrieben werden.“

Der AKW-Gefährdungsatlas kann als Karte im Format DIN A1 über die Homepage www.deutscheumweltstiftung.de gegen eine Spende bestellt werden. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 72,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.
Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelheft EURO 7,20, Probeheft kostenlos.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODEBB, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2010 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten.
ISSN 0931-4288